

Mario nicht mehr super

Die EZB und ihr Chef verzichten auf Ausweitung ihrer bisherigen Billiggeldexzesse. Hedgefonds auf falschem Fuß erwischt, Manager verärgert

Rainer Rupp

Trotz angeblich boomender Wirtschaft in Deutschland sieht die Lage in der EU und darüber hinaus düster aus. So düster, dass die internationalen Finanzmarktakteure fest damit gerechnet hatten, dass die Europäische Zentralbank (EZB) eine weitere »Lockerung« ihrer Geldpolitik beschließen würde. Doch statt noch eine »Bazooka« aus seinem geldpolitischen Waffenarsenal abzuschießen, hat EZB-Chef Mario Draghi – von Bewunderern in Marktkreisen »Super Mario« genannt – nur ein bisschen mit der Wasserpistole gespritzt: Die Notenbank hatte am Donnerstag verkündet, ihre vielkritisierte lockere Geldpolitik fortzusetzen, sie jedoch nicht auszuweiten. Die Reaktion der Spekulanten ließ nicht auf sich warten. Noch während Draghi den Beschluss bekanntgab, stießen seine früheren Kollegen von Goldman Sachs und den anderen, zu Zockerhäusern verkommenen internationalen Banken, europäische Aktien massenweise ab. Deren Kurse hatten sie in Erwartung einer neuen, zinslosen Geldschwemme in den zwei Monaten zuvor durch Zukäufe kräftig in die Höhe getrieben.

Die EU-Börsenindizes einschließlich des deutschen Dax, verloren am Donnerstag zwischen drei und vier Prozent ihrer Marktkapitalisierung. Zugleich müssen die besonders krisengeschüttelten Staaten der Euro-Zone wie Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien (»PIIGS«) wieder höhere Zinsen für ihre Staatsanleihen zahlen. Selbst die zahlreichen umtriebigen Hedgefonds wurden auf dem falschen Fuß erwischt. Sie finden Mario Draghi gar nicht mehr so super. Denn sie haben mit ihren Wetten auf weiter steigende Börsenkurse heftige Verluste gemacht. Überhaupt geht es den Hedgefonds schlecht, Pleiten werden häufiger. Gegenüber ihren Kunden, von denen immer mehr ihr Geld oder dessen Reste abziehen, rechtfertigen die Finanzmarktjongleure ihre Fehlspekulationen damit, dass die Märkte auf Grund der zinslosen Geldschwemmen von den Zentralbanken völlig irrational geworden seien. Damit haben sie sogar recht.

Auch der Wechselkurs des Euro war seit Anfang Oktober infolge der Erwartung einer weiteren geldpolitischen Lockerung um fünf Prozent gefallen. Auf einen weiteren Verfall von dessen Kaufkraft zu wetten schien für die Fonds ein sicheres Geschäft, zumal die EZB keine Gelegenheit ausgelassen hatte zu prahlen, wie sie alles, aber auch alles in Bewegung setzen werde, um in dem bisher noch undeklarierten globalen Abwertungskrieg die Oberhand zu bekommen. Die jeweilige Währung zu drücken, um dadurch der eigenen Exportwirtschaft neues Leben einzuhauchen, ist die derzeit gängige Methode aller wichtigen Notenbanken der Welt – in China, Japan, den USA und Großbritannien sowie auch der Euro-Zone.

Es waren solche nationalen Abwertungsprozesse, die in den 1930er Jahren die Welt ins Verderben der »Großen Depression« geführt haben. Offensichtlich haben mächtige Kräfte Mario Draghi davon abgehalten, am Donnerstag einen weiteren großen Schritt in diese Richtung zu gehen. Die Hedgefonds jedoch sind erneut auf dem falschen Fuß erwischt worden, denn der Wechselkurs des Euro ist seit Donnerstag kräftig in die Höhe geschnellt. Eine solche Behandlung sind die Fonds nicht gewöhnt, waren sie zuvor doch stets bevorzugt von

Draghi und dessen Getreuen mit Informationen versorgt worden.

Seit der frühere Goldman-Sachs-Mann Draghi ihre Leitung übernahm, hat die EZB eine besonders intime Beziehung zu Hedgefonds und Großbanken gepflegt. Dazu gehörten auch Informationsveranstaltungen hinter verschlossenen Türen, bei denen die Spekulanten der Geldhäuser mit exklusiven Informationen gefüttert wurden. Das erlaubte ihnen bereits im Vorfeld der EZB-Entscheidungen auf den Märkten die »richtigen« Wetten abzuschließen. Als diese paradiesischen Verhältnisse von den Medien enthüllt wurden, versuchte Draghi nicht einmal, sich schockiert zu zeigen. Vielmehr verteidigte er die höchst dubiose Praxis laut einem Bericht der Nachrichtenagentur *Reuters* vom 11. Juni 2015 in einem zweiseitigen Brief mit dem Argument, dass »direkter Austausch mit (...) spezialisierten Zielgruppen einen wesentlichen Teil der Kommunikationspolitik der EZB ausmacht«. Dies sei »ein integraler Bestandteil ihrer (der EZB, *jW*) Politik der Transparenz«, schrieb Draghi.

Was sich der EZB-Chef hierbei geleistet hat, ist mehr als anrühlich. Notenbanken sind verpflichtet, die Öffentlichkeit insgesamt (statt »auserwählter« Marktakteure) zu informieren, wenn sie über Dinge sprechen, die sich auf die Preise von Vermögenswerten auswirken. Entsprechend scharf war auch die Kritik an Draghi und der EZB von »unterprivilegierten« Investoren. Auch aus dem Europäischen Parlament kam öffentliche Schelte, und sicher noch viel mehr hinter den Kulissen. Wahrscheinlich ist das der Grund, weshalb am Donnerstag die bis dato Privilegierten nicht vorab über jeden Schritt der EZB Bescheid erhielten und voll auf die Nase gefallen sind.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-05/040.php>